Deutschlands Gesellschaft von der Nachkriegszeit bis zum Fall der Berliner Mauer

Rezension von: Hans-Ulrich Wehler, Deutsche Gesellschaftsgeschichte. Fünfter Band. Bundesrepublik und DDR 1949-1990, Verlag C.H. Beck, München 2008, 529 Seiten, gebunden, € 34,90.

Mit dem vorliegenden Band hat Hans-Ulrich Wehler, emeritierter Professor für Allgemeine Geschichte an der Universität Bielefeld, den fünften und letzten Teil seiner groß angelegten deutschen Gesellschaftsgeschichte ab 1700 präsentiert.

Deutschland zwischen 1949 und 1990, das waren zwei Staaten, die Bundesrepublik und die DDR. Wehler widmet nicht beiden Gesellschaften die gleiche Aufmerksamkeit, schon allein deshalb, weil in der BRD die große Mehrheit der Deutschen lebte (1970 61,5 Mio : 17,0 Mio.), aber v. a., weil sich dieser Staat als anpassungsfähig und daher überlegen erwies, während die DDR in der Krise von 1989 rasch kollabierte. In der Bundesrepublik setzten sich, so der Autor schon im Vorwort zusammenfassend, alle wesentlichen Modernisierungsprozesse durch, in der Politik und in der Wirtschaft, im Recht und in der Kultur, da ihnen eine „nachhaltige Förderung“ (S. XV) zuteil wurde. Und schließlich ist der Autor auch Zeitzeuge: Für Wehler ist dieser Band daher nicht zuletzt sein Resümee seiner Zeit, seines Staates – der Bundesrepublik.

Die DDR existierte vier Jahrzehnte nicht aus Eigenrecht, „sondern als eine sowjetische Satrapie, die in letzter Instanz auf den russischen Bajonetten beruhte“ (ebd.). Das ist Wehlers vernichtendes Gesamtverdikt. Ihr politisches System führte in die Sackgasse einer staatskommunistischen totalitären Parteidiktatur. Die starre Ideologie bewirkte Lernunfähigkeit. Die Ökonomie wurde einer rigorosen Planwirtschaft unterworfen, deren Funktionsschwäche – nach anfänglichen Erfolgen – insbesondere ab den 1970er-Jahren immer deutlicher zutage trat. Den Übergang von einem extensiven zu einem intensiven Wachstumsregime vermochte diese Wirtschaftsordnung nicht durchzusetzen. Die Sozialstruktur prämierte nicht Mobilität und Leistung, sondern orthodoxe Gesinnung und Nähe zur Nomenklatura. Das geltende Recht unterwarf den Bürger der Parteiwillkür.

„Das Intermezzo der ostdeutschen Satrapie“, so der Autor im Vorwort, „muss aber nicht an dieser Stelle durch eine ausführliche Analyse aufgewertet werden. Man kann es der florierenden DDR-Forschung getrost überlassen, das Gelände eines untergegangenen, von seiner eigenen Bevölkerung aufgelösten Staatswesens mit all seinen Irrwegen genauer zu erkunden“. (S. XVI)

Im Hinblick auf die Methodik bleibt Wehler dem Ansatz der vorangegangenen vier Bände treu: Anstelle chronologischer Ereignisgeschichte steht die theoriegeleitete und problemorientierte Strukturgeschichte der Gesellschaft im Vordergrund. Wirtschaft, Sozialstruktur, politische Herrschaft und Kultur werden dabei als zentrale „Achsen“ des gesellschaftlichen Transformationsprozesses gesehen. Diese vier Dimensionen und die Wechselwirkungen zwischen ihnen werden in ihrer historischen Entwicklung analysiert.

Mit Recht weist Wehler darauf hin, dass die historische Forschung auf den Gebieten Politik und Wirtschaft weit fortgeschritten ist, die Sozialge-

schichte dagegen immer noch relativ unterentwickelt. Daher weist der fünfte Band der „Deutschen Gesellschaftsgeschichte“ – in Übereinstimmung mit Wehlers Spezialgebieten – eine deutliche sozialgeschichtliche Schlagseite auf.

Die Bemerkungen dieser Rezension konzentrieren sich in der Folge auf zwei Kernthemen Wehlers: die überraschend reibungslose politische Stabilisierung im Zuge des steilen wirtschaftlichen Wiederaufstiegs aus den Ruinen zum einen, und die Ursachen und Phänomene anhaltender – und zuletzt erneut deutlich zunehmender – sozialer Ungleichheit zum anderen.

Politische Stabilisierung

Es ist überaus erstaunlich, dass nach dem zweiten verlorenen Krieg und den chaotischen Verhältnissen der ersten Nachkriegsjahre eine politische Radikalisierung ausblieb. Die innenpolitische und gesellschaftliche Stabilisierung überwand schnell alle drohenden Risiken. Bereits Mitte der 1950er-Jahre war die Bundesrepublik ein gefestigtes, leistungsfähiges Gemeinwesen.

Wehler nennt fünf Hauptgründe für das Ausbleiben von Radikalisierung und Desintegration sowie das Gelingen der politischen Stabilisierung:

1.) Die Wachstumsrate des realen BSP erreichte im Durchschnitt der Jahre 1950 bis 1973 6,5%. Dieses „Wirtschaftswunder“ schuf ein Prosperitätspolster, das zahlreiche potenzielle Probleme abfederte.

2.) Der grelle Kontrast zwischen der Bundesrepublik und der totalitären Diktatur der DDR in wirtschaftlicher, politischer und kultureller Hinsicht nährte das Selbstbewusstsein und die Zuversicht der Westdeutschen.

3.) Der Verfassungsordnung der neuen Republik, bei deren Aufbau die Lehren aus dem Untergang der Weimarer Republik und der nationalsozialistischen Diktatur gezogen wurden, erwies ihre Funktionstüchtigkeit. Der christdemokratische Patriarch Konrad Adenauer, im Kern ein rheinischer Demokrat und Verächter der preußischen Machteliten, schlug mit seinem Regierungsstil (der gelegentlich als „halbautoritär“ kritisiert wurde) eine Brücke, die vielen Bürgern den Übergang von der obrigkeitsstaatlichen Tradition zum pluralistischen Parteienstaat erleichterte.

4.) Auch auf dem besonders heiklen Gebiet der Außenpolitik bewies die junge Republik ihre Effektivität: in der Bewältigung der Herausforderungen des Kalten Krieges, der politischen Neuorientierung hin auf ein zusammenwachsendes Europa, dem Ausgleich mit Frankreich und der Integration in das westliche Bündnissystem.

5.) Von sehr großer Bedeutung waren schließlich auch die denkwürdigen Leistungen der Sozialpolitik, insbesondere auf den Gebieten des Lastenausgleichs mit seiner historisch beispiellosen Umverteilung der materiellen Kriegsbelastungen, der Rentenpolitik (Dynamisierung) und der Arbeitsbeziehungen – mit der Neuregelung des Verhältnisses zwischen Kapital und Arbeit im „Rheinischen Kapitalismus“ durch Sozialpartnerschaft und betriebliche Mitbestimmung:

* 10 Mio. Flüchtlinge und Vertriebene, 4 Mio. Invalide, Witwen und Waisen, 3,4 Mio. Ausgebombte, 2 Mio. aus den Städten Umgesiedelte, 13 Mio. Soldaten, die wieder eingegliedert werden mussten: Ob die friedliche Integration dieser Abermillionen gelingen würde, wirkte 1949 wie eine völlig offene Frage. Zweifellos war die Lage

noch dramatischer als in der Weltwirtschaftskrise.

Die Sozialpolitik der jungen Bundesrepublik sah sich somit Problemen wahrhaft gigantischen Ausmaßes gegenüber. Es galt, die krasse Notlage zu entschärfen, der drohenden Anomie und Radikalisierung die Integration möglichst aller Benachteiligten entgegenzusetzen und auf diese Weise den sozialen Frieden zu sichern sowie eine gewisse Entschädigung für die Verluste durch Krieg und Währungsreform zu bieten.

1952 verabschiedete der Bundestag das Lastenausgleichsgesetz, von dem jeder dritte (!) Bürger betroffen war. Das Ausmaß der damit verbundenen Umverteilung war beispiellos: In den ersten 25 Jahren wurden 114 Mrd. DM in die Ausgleichszahlungen gelenkt. Ohne diesen Kraftakt der partiellen Wiedergutmachung wäre die innere Befriedung und Integration der westdeutschen Gesellschaft schwerlich so schnell geglückt.

* Den Anlass für die Rentenreform bot die wachsende Kluft zwischen den Berufstätigen, die vom hohen Wirtschaftswachstum begünstigt wurden, und den PensionistInnen, von denen Mitte der 1950er-Jahre bereits 6 Mio. in materielle Not geraten waren. Die Rentenreform von 1957 führte die Dynamisierung der Renten ein, also ihre laufende Anpassung an die Tariflohnentwicklung, womit die Teilhabe am wachsenden Wohlstand gesichert wurde.

Für die innere Konsolidierung der Bundesrepublik erwiesen sich Lastenausgleich und dynamische Rente als Stabilisierungs- und Legitimationsbeiträge von unschätzbarem Wert. Infolge des wirtschaftlichen Booms konnten diese gewaltigen Transferprogramme reibungslos umgesetzt werden.

* Das Tarifvertragsgesetz von 1949, die Einführung der paritätischen Mitbestimmung in der Montanindustrie 1951 und das Betriebsverfassungsgesetz von 1953 bildeten die institutionellen Pfeiler des sozialen Dialogs der jungen Bundesrepublik. Die Anerkennung der konstruktiven Rolle der Gewerkschaften, die mit diesen Normen implizit verbunden war, die produktivitätsorientierte Lohnpolitik, die Vollbeschäftigung (Arbeitslosenrate 1960 1,3%) und die abschreckende Wirkung, die von der DDR ausging, bewirkten, dass die linkstotalitäre Option, die noch in der Weimarer Republik erhebliche Teile der Arbeiterschaft verführt hatte, in der Nachkriegszeit keine Attraktivität mehr ausstrahlte.

Infolge dieser politischen Entscheidungen und der günstigen Rahmenbedingungen gelang es, die existenzielle Krise der unmittelbaren Nachkriegsjahre sehr rasch zu überwinden, gesellschaftlichen Zerfall und Radikalisierung zu vermeiden und eine wahrlich erstaunliche Integration herbeizuführen.

Soziale Ungleichheit

Zu Beginn des Abschnitts über die soziale Ungleichheit bietet der Autor einen kompakten Überblick der westdeutschen Strömungen der Gesellschaftstheorie in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Interessant, lehrreich und höchst vergnüglich zugleich ist die Abfuhr zu lesen, die Wehler der kulturalistischen Wende der 1980er-Jahre in der Soziologie mit ihren verschwommenen Begriffen wie Individualisierung, Pluralisierung, Lebensstil und Milieu, mit ihrer Ignoranz gegenüber den Befunden harter, traditioneller Ungleichheit, ihrer Abneigung gegenüber Klassen- oder Hierarchie-

theorie und ihrer Unkenntnis soziologischer Theoriegeschichte und internationaler Theorieentwicklungen erteilt.

Nach der Währungsreform tauchten die Konturen vertrauter Klassen wieder auf. Erneut zeigte sich eine Stratifikationsordnung, die durch Macht und Herrschaft, Einkommen und Vermögen, Prestige und Lebensführung, Bildungsabschluss und Habitus bestimmt wurde. Immerhin hatte die Polarisierung in zwei feindselig einander gegenüberstehende Klassenlager nachgelassen.

Im folgenden Vierteljahrhundert wurde das Gesamtniveau des Wohlstands in unerhörtem Ausmaß angehoben. Dieser sog. „Fahrstuhleffekt" verbesserte die Lebenslage und die Lebenschancen der großen Mehrheit der Bevölkerung wesentlich. Unter diesen außerordentlich günstigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen kam die Empfindung offener Klassenkonflikte nicht auf, und der steigende Lebensstandard machte die weiterhin erfahrbaren Ungleichheiten weniger provozierend.

Die Einkommens- und die Vermögensverteilung bildeten aufgrund ihrer direkten Auswirkungen auf Handlungsressourcen und Lebenschancen fortdauernd die wichtigsten Ungleichheitsdimensionen:

* Die Verteilung der Haushaltseinkommen (Quintilanteile) blieb langfristig weitgehend konstant: 1950 erhielt das obersten Quintil 45,2% der Einkommen, 1985 43,6%; das unterste Fünftel der Haushalte erzielte 1950 5,4% und 1985 7,4% (S. 122f). In den leichten Anteilsänderungen kommt zum Ausdruck, dass sich die Einkommensungleichheit infolge des stark gestiegenen allgemeinen Wohlstands und der Effekte staatlicher Verteilungspolitik bis etwa 1980 etwas abmilderte. Seither nimmt die Disparität der Einkommensentwicklung wieder zu.

* Noch weit ungleicher verteilt als die Einkommen waren die Vermögen. 1960 belegte Wilhelm Krelle eindrucksvoll die extreme Konzentration an der Spitze der Vermögenspyramide: Nur 1,7% aller Haushalte verfügten über 74% des Produktivvermögens und 35% des Gesamtvermögens. Das oberste Fünftel kontrollierte sogar relativ mehr Vermögen als die vergleichbaren Quintile in den USA oder Großbritannien. Bis in die 1980er-Jahre blieb die Vermögensverteilung weitgehend unverändert. Seither nimmt die Ungleichheit weiter zu. Die plutokratische Einkommens- und Vermögenselite hebt sich nun noch deutlicher ab.

Wehler fasst zusammen und betont dabei, wie sehr die Ausstattung mit ökonomischem Kapital auch die Verfügung über soziales und kulturelles Kapital im Sinne Bourdieus bestimmt: „Die Vermögens- und Einkommensverteilung der Bundesrepublik weist ... schroffe Disparitäten auf, die höchst unterschiedliche Lebenslagen schaffen und denkbar unterschiedliche Lebenschancen eröffnen oder verschließen. Sie wirken sich auf die Handlungsressourcen und das Sozialprestige, die Herrschaftspositionen und das Bildungsverhalten usw. mit Nachdruck als ein Gefüge restriktiver Bedingungen aus. Sie bilden auch die stabile Basis, die andere Ungleichheitsdimensionen maßgeblich, oft ausschlaggebend beeinflusst. Dazu gehört selbstverständlich auch der Modus der Lebensführung, des Lebensstils. Aber auch auf anderen Feldern, welche etwa durch die Heiratskreise, das Gesundheitsverhalten, die Wohnqualität bestimmt werden, wirken sie steuernd ein." (S. 124)

* Wie aus den Studien des Sozio-

logen Michael Hartmann hervorgeht, hat die Bildungsexpansion seit den 1970er-Jahren zwar den Zugang zu den höheren Bildungseinrichtungen erleichtert, ihn aber keineswegs bis hin zu den Elitepositionen geebnet. „Vielmehr hat sich in den letzten drei Jahrzehnten ein erstaunlicher elitärer Absonderungsprozess vollzogen." (S. 133) Gerade im Hinblick auf Arbeiterkinder gingen die Hoffnungen der Bildungsreformer, eine allgemeine Aufstiegsmobilität zu befördern, nicht in Erfüllung. Die Bildungsexpansion hat also mitnichten einen Bedeutungsverlust sozialer Herkunft zur Folge. Weiterhin verstärken einander Bildung und sozialer Status wechselseitig.

Von einem Abschied von den Klassen zu sprechen, sei also ganz und gar irreführend, resümiert Wehler: „Vielmehr hat sich eine dynamische Sozialstruktur herausgebildet, die pluralistischere Züge als zuvor trägt, im Kern aber aus den marktbedingten Klassen der deutschen Marktgesellschaft und den ererbten Charakterzügen der sozialstrukturellen und -kulturellen Vergangenheit besteht. ... Die Fahrstuhlmetapher lässt die Chancenverbesserung größer erscheinen, als die Aufstiegsbewegung tatsächlich ist. ... Das normative Ziel der sozialstaatlichen Demokratie, mit aktiver politischer Intervention den Hierarchisierungstendenzen der Marktgesellschaft und ihres Traditionserbes zu begegnen, bleibt daher die Verbesserung der Chancengerechtigkeit, da die Utopie der Chancengleichheit realiter nie zu erreichen ist." (S. 215)

Eine Durchsicht von einigen der zahlreichen Rezensionen zeigt, dass der fünfte Band der „Gesellschaftsgeschichte" geteilte Aufnahme gefunden hat und weit kontroversieller ist als die vorigen Teile. Widerspruch hat sich insbesondere an Wehlers Ausführungen zur Zeit ab Mitte der 1970er-Jahre entzündet. Hier nimmt der Autor überraschend oft Positionen ein, die von Angehörigen der neoliberal orientierten westdeutschen Eliten aus Politik, Unternehmerverbänden, Banken, Medien und Wirtschaftsfakultäten in den letzten Jahren konzertiert und gebetsmühlenartig wiederholt worden sind – auch wenn deren empirische Basis nicht selten sehr dürftig oder gar nicht vorhanden ist. Dass gerade die Analyse der Periode nach dem Ende des „Goldenen Zeitalters" umstritten ist, kann freilich nicht verwundern, schließlich kann eine zeithistorische Beurteilung einer so kurz zurückliegenden Ära immer nur vorläufigen Charakter haben und sind die meisten RezensentInnen ebenso wie Wehler Zeitzeugen mit eigenem Erfahrungshintergrund.

Alle kleinen Einwände ändern nichts an der überragenden Stellung, die dem fünfbändigen *opus magnum* Wehlers in der deutschen Geschichtsschreibung der jüngeren Vergangenheit zukommt. Vor uns liegt das Standardwerk der „Historischen Sozialwissenschaft", wie der Bielefelder Professor und seine KollegInnen sie seit vier Jahrzehnten betreiben. Die enorme, teilweise hoch spezialisierte Fachliteratur auf 4.800 Seiten zur Synthese zu bringen, das gebietet höchste Achtung.

Wer könnten die LeserInnen der „Deutschen Gesellschaftsgeschichte" sein? Die ziemlich große Zahl der historisch interessierten Laien wird Wehler kaum erreichen. Denn er legt eine systematische Analyse v. a. der Sozialgeschichte vor, mit immer neuen Unterpunkten, untersucht auf theoretisch fundierte Weise Strukturen und deren Wandel, befasst sich eingehend mit den Dimensionen sozialer Ungleichheit. Die erzählerische Linie fehlt. Und

wie Jürgen Kaube in der FAZ (31. 8. 2008) zu Recht anmerkte, ist das, was viele an Geschichte reizt, „die Begegnung mit dem Fremdartigen, mit den Exzessen, mit den aufgewühlten, erregenden, tragischen Momenten“, bei Wehler nicht vorhanden, bei ihm sind „Chaos und Wildheit der Geschichte gebändigt“, das gelebte Leben – die Weber’sche „Lebensführung“ – in der Bundesrepublik tritt hinter dem statistisch Erfassbaren zurück. Und wo ist das Element der persönlichen Erinnerungen geblieben? Breitenwirkung dürfte Wehler also nicht erzielen können, diese wird Golo Mann, Joachim Fest, Sebastian Haffner und Eric Hobsbawm vorbehalten bleiben mit ihrer einfühlenden Suche, ihren konzisen Interpretationen und ihrer erzählerischen Meisterschaft.

Wer also wird zu den fünf schwergewichtigen Bänden greifen? Auch wenn jede Generation die Geschichte neu schreibt, werden HistorikerInnen noch lange „den Wehler“ konsultieren, um sich über den Forschungsstand zu Beginn des 21. Jahrhunderts zu informieren und zu einem sozialhistorischen Thema eine pointierte und breit fundierte Interpretation zu erhalten.

Martin Mailberg

WIRTSCHAFT UND GESELLSCHAFT

35. Jahrgang (2009), Heft 2

Inhalt

Editorial
Vom Krisenbudget zur Budgetkrise? 135

Rainer Bartel
Weltwirtschaftskrise und Politikwechsel 145

René Böheim, Florian Wakolbinger
Mehr Lohn bei betrieblicher Weiterbildung? Eine empirische Analyse österreichischer Unternehmen 187

Irene Mandl, Karin Gavac, Kerstin Hölzl
Ein-Personen-Unternehmen in Österreich 215

Christoph Hermann
Die Liberalisierung des österreichischen Postmarktes, neue Unternehmensstrategien und die Folgen für Beschäftigung und Arbeitsbedingungen 237

Berichte und Dokumente

Michael Mesch
Gewerkschaften und Lohnverhandlungen in der Tschechischen Republik ... 257

Kommentar

Franz Nauschnigg
Preiseffekte der Agrartreibstoffproduktion 265

Bücher

Stefan Ederer, Einkommensverteilung und gesamtwirtschaftliche Nachfrage in Österreich und den Niederlanden (Markus Marterbauer) 283

Max Laimböck, Die Zukunft des österreichischen Gesundheitssystems (Oskar Meggeneder) 286

Max Haller, Die österreichische Gesellschaft. Sozialstruktur und sozialer Wandel (Michael Mesch) 292

Hans-Ulrich Wehler, Deutsche Gesellschaftsgeschichte. Fünfter Band. Bundesrepublik und DDR 1949-1990 (Martin Mailberg) 296

Andrea Wagner, Die Entwicklung des Lebensstandards in Deutschland zwischen 1920 und 1960 (Andreas Weigl) 302

Richard Sennett, HandWerk (Alexander Schneider) 305

Stefan Karner u. a. (Hrsg.), Prager Frühling. Das internationale Krisenjahr 1968 (Klaus-Dieter Mulley) 309

Wolfgang Neugebauer, Der österreichische Widerstand 1938-45 (Klaus-Dieter Mulley) 312

Robert Schediwy, Ein Jahrhundert der Illusionen (Georg Kovarik) 314

Unsere AutorInnen:

Rainer Bartel ist a. o. Universitätsprofessor für Volkswirtschaftslehre an der Johannes-Kepler-Universität Linz und derzeit wissenschaftlicher Referent beim Amt der Oberösterreichischen Landesregierung.

René Böheim ist Universitätsassistent am Institut für Volkswirtschaftslehre der Johannes-Kepler-Universität Linz.

Karin Gavac ist Mitarbeiterin von KMU Forschung Austria in Wien.

Christoph Hermann ist Mitarbeiter der Forschungs- und Beratungsstelle Arbeitswelt (FORBA) in Wien.

Kerstin Hölzl ist Mitarbeiterin von KMU Forschung Austria in Wien.

Irene Mandl ist Mitarbeiterin von KMU Forschung Austria in Wien.

Michael Mesch ist Mitarbeiter der Abteilung Wirtschaftswissenschaft und Statistik der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien.

Franz Nauschnigg ist Leiter der Abteilung für Integrationsangelegenheiten und Internationale Finanzorganisationen der Oesterreichischen Nationalbank in Wien.

Florian Wakolbinger ist selbstständiger Volkswirt und Partner bei 3E in Innsbruck.